

Walldorf „zeigt Flagge“ für Ganztages-Grundschulen

Gemeinderat befürwortet Antragstellung – Umfrage bei Eltern

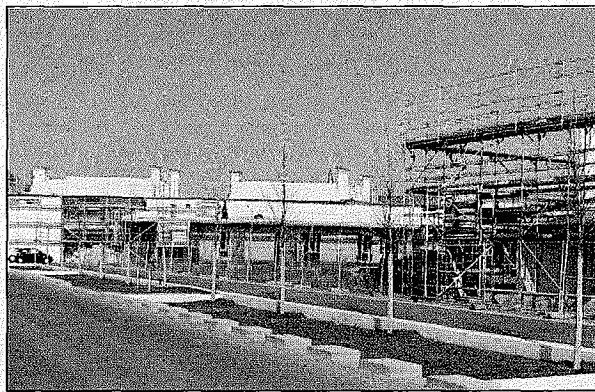
In Baden-Württemberg soll bis zum Schuljahr 2014/2015 für Grundschulen flächendeckend ein Netz von Ganztageschulen aufgebaut werden. Alle Schülerinnen und Schüler, die ganztägig betreut werden müssen, sollen ein entsprechendes Angebot in gut erreichbarer Nähe vorfinden.

Mit dem Einrichten von Ganztageszügen für die Grundschülerinnen und -schüler an Schillerschule und Waldschule befasste sich der Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung am 24. April. Der von der SPD-Fraktion gestellte Antrag, Ganztageszüge im Grundschulbereich zu installieren, fand nach intensiver und teils kontroverser Diskussion, die nicht den Ganztagesbetrieb an sich, sondern die aktuelle Vorgehensweise betraf, die einhellige Zustimmung des Gremiums. Bis dieses Angebot in Walldorf realisiert sein wird, ist einiger zeitlicher Vorlauf nötig. Beim Regierungspräsidium muss bis zum 1. November eines Jahres der formelle Antrag für das folgende Schuljahr vorliegen, damit Lehrkräfte entsprechend zugewiesen werden können. Auch die Stadt benötigt Daten und Fakten, um ihrerseits alles für den Ganztagesbetrieb aus räumlicher und personeller Sicht vorbereiten zu können. In Walldorf soll die offene Form des Ganztagesbetriebs entstehen. Das heißt, dass Eltern die Wahl zwischen Halbtages- und Ganztagesbetrieb haben.

Vorausschauend planen

Wie Stadträtin Dr. Andrea Schröder-Ritzrau (SPD) zum Antrag ihrer Fraktion erklärte, müsse die Kommune konsequent auch für die Grundschulzeit Ganztagesbetreuung einrichten, „um die Eltern mit Bedarf nicht im Regen stehen zu lassen und Planungssicherheit zu bieten“. Seit vielen Jahren sei Walldorf hier bereits dank Kernzeit und Hort aktiv. Der Bedarf an ganzheitlicher Betreuung von 7 bis 17 Uhr steige. Es gelte daher, das schulische Angebot, die Kernzeitbetreuung und den Hort „miteinander zu verzahnen und an den Schulen somit einen ganztägigen Lern- und Lebensraum für Grundschulkinder“ zu bieten. In die räumliche Planung zur Erweiterung der Schillerschule seien

diese Überlegungen bereits eingeflossen, so Schröder-Ritzrau. Sie betonte, dass



In der „Neuen Sozialen Mitte“ entsteht auch der Neubau der Schillerschule

es nicht darum gehe, den Schulen „eine Idee überzustülpen“, sondern dass man vielmehr die Signale aufgreife und Flagge zeigen wolle für Ganztageszüge. Es müsse auch, so die Stadträtin, kommuniziert werden, dass die Stadt sich natürlich mit personellen Ressourcen beteilige. Sie sprach außerdem eine Bedarfserhebung an den Kindergärten an, damit man inhaltlich und baulich in den richtigen Dimensionen planen könne. So könne man aller Voraussicht nach auf das so genannte „Gebäude II“ im Bestand der Schillerschule auch nach Bezug des Neubaus nicht verzichten.

Richtige Reihenfolge?

Dr. Gerhard Baldes (CDU) hielt den Antrag für „unnötig“, denn an dem Konzept werde schon lange gearbeitet. „Die Sache läuft bereits“, meinte er. Zunächst sollten sich alle Gremien der Schulen einig sein, denn auf die Lehrer kämen deutlich höhere Anforderungen zu. „Alle Beteiligten müssen mitziehen“, stellte Baldes fest, der zu bedenken gab, dass man „das Pferd nicht vom falschen Ende her auf-

zäumen dürfe“. Die Schulen dürften nicht in Zugzwang geraten. Für eine, allerdings „verschlankte“ Bedarfsaufnahme sprach auch er sich aus. Dass „die Reihenfolge falsch sei“ fand auch Horst Hennl (FDP). Man wünsche sich den Ausbau zu Ganztageschulen zwar, für den die Stadt das Fundament lege, doch brauche man zunächst den Beschluss der Gesamtlehrerkonferenz. Von ihr erwarte man das entscheidende Signal, auch hinsichtlich des pädagogischen Konzepts. Dieses sei Sache der Schule, für die die Stadt Partnerin sei.

„Wenn wir sang- und klanglos zustimmen, wird der falsche Weg beschritten“, warnte Hennl. „Wir haben den Antrag der SPD so verstanden, dass man nicht warten möchte bis 2015“, meinte Wilfried Weisbrod (Bündnis 90/Die Grünen). Es werde den Schulen „nichts übergestülpt“, die Stadt schaffe vielmehr die Voraussetzungen für die Schulgremien, um planen zu können. Selbstverständlich sollten Lehrkräfte und Eltern mitreden, so Weisbrod. Man beschließe ja nicht, dass die Ganztageschule eingeführt werden müsse, sondern folge nur dem grundsätzlichen Wunsch. Stadtrat Werner Sauer (CDU) forderte noch, dass auch die Sambugaschule als Förderschule in das Konzept miteingebunden gehöre. Lorenz Kachler (SPD) wertete das Vorgehen als richtigen Schritt und charakterisierte die Zusammenarbeit von Schulen und Stadt als „ausgezeichnet“. Die Stadt signalisiere nun: „Wir helfen mit!“

Gute Kooperation

Bürgermeisterin Christiane Staab erklärte nach diesen Stellungnahmen der Fraktionen, dass die Stadt zumindest an den Stellen, an denen sie als Schulträgerin in der Verantwortung stehe, schon mitreden wolle. Es zeuge von guter und enger Kooperation zwischen Schule und kommunalem Träger, wenn man entscheide, welches Profil die Schule entwickeln wolle. Denn dieses sei im Ganztagesbetrieb nur mit städtischem Personal realisierbar. Beigeordneter Otto Steinmann, zu dessen Ressort die Schulangelegenheiten gehören, bekräftigte, dass man die Kompetenzen der Schulen keineswegs beschneiden wolle, man aber das Recht haben müsse, mitzusteuern. „Wir werden wichtiger Teil der Nachmittagsbetreuung“, meinte auch er.



Die Waldschule (Fotos: Stadt Walldorf)